

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Ersteinstündlich am Samstag, am Sonntag als Beilage. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zahlung monatlich M. 20.00, in den Ausgabestellen vierteljährlich M. 50.00 monatlich. Die abgehenden Postgebühren sind in der Preisliste mit angegeben. Die Postgebühren sind in der Preisliste mit angegeben. Die Postgebühren sind in der Preisliste mit angegeben.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Deubachstraße 17, Fernsprecher-Bureauzentrale: Halle a. S., Nummer 1160 und 1162. Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Große Deubachstraße 17, Fernsprecher-Bureauzentrale: Halle a. S., Nummer 1160 und 1162. Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Große Deubachstraße 17, Fernsprecher-Bureauzentrale: Halle a. S., Nummer 1160 und 1162.

Eos von der englischen Kohle!

Uebersichten im Ruhrbergbau / Die Schlußfugung des Bankier-Ausschusses / Blindwärtiges Madon französischer Soldaten in Oberschlesien / Mekelei polnischer Banden.

Unabhängig von englischer Kohle.

Einigung im Ruhrbergbau. — Uebersichten.
Berlin, 10. Juni. Nach langwierigen Verhandlungen in Berlin haben am 7. Juni in Essen Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den vier Bergarbeiterverbänden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Kartzeffenden, die zu einem befriedigenden Ergebnis hinsichtlich der Lohnfrage geführt und auch in der Frage der Mehrförderung eine Lösung gefunden haben, die uns mindestens einige Zeit vom Bezug ausländischer Kohle unabhängig machen wird. Die in Aussicht genommene Vereinbarung wird am nächsten Sonntag der Entscheidung der großen Vertrauensmännerversammlung der Bergarbeiterverbände in Bochum unterbreitet.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird unserem Berliner Vertreter noch folgendes Nähere mitgeteilt: Die Lohnfragen im Ruhrbergbau stellen die Mehrförderung und die beteiligten Organisationen in diesem vor ganz außerordentliche Schwierigkeiten. Der bisherige Weg, die notwendigen Lohn erhöhungen reiflos auf die Kohlenpreise umzuliegen, ist nicht mehr gangbar, da die Kohlenpreise bereits an die Weltmarktpreise herangekommen sind. Andererseits ist im gegenwärtigen Augenblick ein Abbau der Kohlensteuer aus zwingenden Gründen unmöglich. Zu diesen Schwierigkeiten tritt die dringende Sorge um die Erhaltung der deutschen Wirtschaft. Wir haben bereits eine stark steigende Einfuhr an ausländischer Kohle, die im Mai schon auf 200.000 Tonnen angewachsen ist. Diese Einfuhr ermöglicht zwar die Befriedigung von rund 1 Million deutscher Arbeiter, entzieht aber der deutschen Volkswirtschaft jährlich ungefähr 16 Milliarden Mark an Zahlungsmitteln, wodurch die Mark weiter stark entwertet wird. Will man die Einfuhr überflüssig machen und den Bergarbeitern eine angemessene Lohnsteigerung sichern, so sind Maßnahmen zur Erreichung einer entsprechenden Mehrförderung in den deutschen Steinkohlengruben unabwendbar. Die vorstehende Fitzgerald, in Aussicht genommene Vereinbarung wird am nächsten Sonntag der Vertrauensmännerversammlung der Bergarbeiterverbände unterbreitet. Angehts der ersten Bemühungen, den Wünschen der Bergarbeiter gerecht zu werden, darf wohl erwartet werden, daß diese auch ihrerseits auf die immer dringender gemordenen Bedürfnisse der gesamten Volkswirtschaft die erforderliche Rücksicht nehmen werden.

Warum der Anleiheauschuss sich verlagte.

Paris, 10. Juni. Nach dem „Journal“ ist die gestrige Entscheidung des Anleiheauschusses im wesentlichen auf einen Gedankenanstausch zurückzuführen, der vorgefallen zwischen der belgischen und der französischen Regierung geführt wurde und auf Grund dessen Delacroix gestehen die ausdrückliche Erklärung abgab, er habe niemals die hohen Uebersichten, die französischer internationaler Anleihe von der französischen Regierung abhängig zu machen. Das Komitee habe dementsprechend die Möglichkeit einer Anleihe von beengter Höhe erörtert. Es habe anerkannt, daß die auf diese Weise Deutschland zur Verfügung gestellten Mittel in erster Linie dazu dienen könnten, die Mark zu stabilisieren und auf diese Weise vor allem die Kapitalflucht ins Ausland zu verhindern. So könnte man vielleicht zu einem Zeitpunkt gelangen, dem Deutschland wirtschaftlich stärker, imstande wäre, seine Verpflichtungen allein zu erfüllen. Die Gefahr dabei sei, daß zunächst Frankreich nichts erhalte, weil die belgische Priorität die zur Verfügung stehenden Summen fast völlig in Anspruch nehmen würde. Ferner stelle die deutsche Handelsbilanz noch keinen ausreichenden hohen Uebersichten dar, als daß daraus die Zinsen der Anleihe bezahlt werden könnten, ohne daß zu einer neuen Inflation die Zufußt genommen werden müßte. Schließlich würde eine kurzfristige Anleihe ohne Fuzur nur dann zu erlangen sein, wenn ihr mit Sicherheit binnen kurzem eine langfristige folgte. Andernfalls wäre es ausgeschlossen, daß Deutschland zugleich Anleihebesin und Reparationen zahlen könnte. Unter diesen Umständen habe der französische Vertreter im Anleiheauschuss hervorgehoben, die Operation werde nicht leicht mehr Gefahr als Vorteile mit sich bringen und werde besser durch eine Kombination von Handelskrediten erfüllt, die deutschen Staatsangehörigen gewährt würden und die Entwicklung des Ausfuhrhandels begünstigten.

Bedingungen der Bankiers.

Frankreichs unerfüllbare Gegenforderungen.
Unter der Ueberschrift „Keine Anleihe für Deutschland. Der Bankiersplan von Frankreich verworfen“ schreibt der „Daily Express“: Die Bankiers hatten als wesentlich für die Anleihe folgende Bedingungen: die Herabsetzung der deutschen Gesamtreparationen um die Hälfte; die Unterzeichnung der Anleihe erhalten Vorkaufsrechte vor allen anderen Ausfuhrigen in bezug auf die Zölle oder alle anderen verzinsbaren deutschen Sicherheiten; Deutschland erhält die

Halft der Anleihe; Deutschland ist nicht verpflichtet, irgend einen Teil der Reparationen während der Zeit von drei Jahren zu zahlen und wird seine eigenen Finanzangelegenheiten einschließlich der Steuerfragen selbst kontrollieren. Drei der Mitglieder des Bankiersauschusses seien endgültig für diesen Plan gewesen. Das belgische Mitglied habe den Vorschlag jedoch mit gewissem Zögern unterzogen. Belgien fürchte, daß, wenn es sich endgültig gegen Frankreich stelle, indem es eine Abänderung der Finanzbestimmungen des Versailleser Vertrages unterzöge, Frankreich Vergeltung üben könne, indem es Belgien den neuen Zahlungsplan des Vorkaufsrechtes in bezug auf die Befreiung der Reparationen, die Belgien angeblich besitzt, beraube. Der „Daily Express“ weist darauf hin, daß die Vorschläge der Bankiers die gesamten Finanzbestimmungen des Versailleser Vertrages abhändeln. Frankreich fordere als Preis für die Zustimmung zu den Forderungen der Bankiers 1. die Streichung sämtlicher Kriegsschulden, die Frankreich an die Vereinigten Staaten und Großbritannien schuldet; 2. die Streichung aller britischen Schulden auf einen Anteil an den herabgesetzten Reparationen. Unter diesen Bedingungen würde Frankreich einer Herabsetzung der deutschen Entschädigungen die Hälfte zustimmen, wenn nicht einem dreijährigen Moratorium. Die Forderungen Frankreichs bedeuteten unumgängliche Opfer seitens Großbritanniens und Amerikas. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sei jedoch sentimental. Erwägung auf die von Vereinigten Staaten geschuldeten Summen entfielen abgesehen. Soweit Großbritannien in Betracht komme, sei der Vorschlag, daß es seinen Anteil an den deutschen Reparationen erhalten solle, unentbehrlich. Frankreich habe dadurch, daß es sich die Kohlenbergwerke des Saargebietes gesichert habe, bereits einen weit größeren Preis erhalten als alle angebotenen Vorteile, die Großbritannien aus dem Krieg erzielt habe.

Paris, 10. Juni. Der Bankiersauschuss hat heute vormittags den Vorlauf des Berichtes an die Reparationskommission über die Bedingungen einer internationalen Anleihe für die Reparationen abgeschlossen. Der Vorlauf wird voraussichtlich heute abend hier bekanntgegeben.

Berliner Reize des Garantiefomitees.

Paris, 10. Juni. Nach Vertagung der Anleihekonferenz wird das Garantiefomitee nunmehr sofort zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung nach Berlin abreisen. Als Top der Presse ist vorläufig der 16. Juni in Aussicht genommen.

Französische Blutkaten in Oberschlesien.

Zwei Zivilisten erschossen.
Weutten, 10. Juni. Gestern abend 9 1/2 Uhr wurde eine Zivilperson, wie sich später herausstellte, ein italienischer Offizier, von einer französischen Patrouille grundlos erschossen. Als mehrere Zivilisten für ihn Partei nahmen, führten die Franzosen den Italiener ab. Kurz darauf wurden Zivilpersonen von derselben Patrouille auf der Tarnowitzer Straße belästigt. Die Patrouille, die sich nunmehr anscheinend bedrängt fühlte, stieß in ein Haus und ließ aus einem Fenster auf die dort versammelte Menge. Ein völlig unbedeutender Zirkus aus Wismarkstraße wurde durch einen Fallschuss getötet. Ein Angriff auf die französische Patrouille erfolgte mehr auf der Bahnhofs- nach auf der Tarnowitzer Straße. Vorwiegend abend ereignete sich ein ähnlicher Zusammenstoß zwischen französischen Offizieren und Zivilisten um 8 1/2 Uhr abends auf der Friedhofstraße, Ecke Donnermarkstraße. Hier schloßen zwei französische Offiziere auf die Arbeiter Miedel und Karmelstein. Der eine erhielt einen Gesichtsschuss und erlag bald seinen Verletzungen, der zweite wurde schwer verletzt. Anschließend an die Vorfälle wurde der bereits über Weutten verhängte Belagerungszustand auch über Königsbühne erklärt.

Mörderischer Bandenüberfall.

Katibor, 10. Juni. Das an der Eisenbahnstraße Katibor-Kandrin gekessene Dorf Czegorzow wurde heute nacht von einer etwa 20 Mann zählenden stark bewaffneten Bande überfallen. Die Bande umstellte die Wachtstube der dortigen Gemeindegewache und bemächtigte sich dreier Wachtleute und des Gemeindevorsetzers Wittmann. Darauf richtete die Bande alle vier vor der Wachtstube an einen 3 an und schloß sie durch eine Salve nieder. Die drei Gemeindegewachstoten waren sofort tot. Der Gemeindevorsetzer, der nur durch einen Streichfuß verletzt war, stellte sich tot und entkam dadurch seinem Schicksal. Darauf unterzöge die Bande einen Räuberanmarsch durch das ganze Dorf.

Negerpolitik.

Frankreichs Truppenreferat. — Angel-sächsischer Sorgen.

Es ist schon viel darüber geschrieben worden, daß die Entfernung der farbigen Truppen aus Europa eine Förderung des Solidaritätsgefühls der weißen Völkler sein müßte. Aber an Frankreichs Militärpolitik sind bisher alle Proteste zu Sanden geworden. Frankreich ist der einzige unter den Entente-Mächten, der farbige Truppen zur Bewegung deutschen Gebietes verwendet. Ihre Zahl schwankt je nach der Jahreszeit zwischen 25.000 und 45.000 Mann, macht also ein Viertel bis die Hälfte der gesamten französischen Besatzungsarmee aus. In dieser Verwendung farbiger Truppen zum Seeerediten kommt, wie auch kürzlich in einem demerksenswerten Aufsatz im „Corriere della Sera“ ausgeführt wurde, der fortwährende Bevölkerungszunahme Frankreichs zum Ausdruck, das seine imperialistische Politik nur dann aufrecht erhalten kann, wenn es die immer leichter werdenden Weisen seines Heeres mit farbigen Truppen auffüllt. Auch in der letzten Kammerbesitz über den französischen Seeerediten besiegelte sich dieser Katschallan deutlich wieder, und darf daran erinnert werden, daß sich gelegentlich dieser Debatte der „Temps“ das bescheidene Gebändnis entschlossen ließ, daß Frankreich, um das heutige Verhältnis zwischen weißen und farbigen Truppen aufrecht zu erhalten, — in den Gefirnissen des Inlandes tun bei einem Gesamtbestand von 365.000 Mann 61.000 farbige Dienst — bei der 18monatlichen Dienstzeit verfahren müßte. Bei einer Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr würde der prozentuale Anteil der farbigen auf 40 Prozent steigen. Der Augenblick wäre also nicht mehr fern, aus dem das französische Heer zur Hälfte aus Negertruppen bestände.

Die französische Kolonialpolitik sieht durchaus unter dem Gesicht der Weltanpolitik. Sie will im Gegensatz zu der Kolonialpolitik anderer Staaten — nicht Neuland erschließen, um den Menschenerlös der eigenen Völkler neue Veräußerungsmöglichkeiten zu schaffen, sondern sie sieht nur auf Anderem auszugehen, um sich ein Menschenreferat zu sichern, d. h. sie stellt die militärische Unterstützung der ermorbenen überseeischen Landstriche und die Volkstraf fremder Massen in den Dienst des eigenen imperialistischen Machtstrebens. Unter diesem Gesichtspunkt sieht man natürlich in Frankreich die Dinge nicht. Die französischen Politiker und Literaten weitestens, diesem Nachgebenden ein idealistisch-humanitäres Mittelglied umzusetzen. Schon 1916 hat der damalige Finanzminister Rog den französischen Kolonialgelehrten in folgende Worte gesprochen: Man meint gewöhnlich, daß Frankreich an der belgischen Grenze beginne und an den Brennen ende. Nein, Frankreich erstreckt sich bis zum Kongo. Mutterland und Kolonien bilden ein einziges Reich, innerhalb dessen das Mittelmeer nur die Rolle eines Binnenmeeres spielt. Die Krönung dieser Negervermehrung bildet die Verleihung des Concuratprieses an Neme Maran, den farbigen Verfasser des Negerromans „Batouala“. Diese Verleihung gab der allgemeinen Stimmung in Frankreich Ausdruck und das Buch wird sehr viel gelesen. Wir haben aber noch keine Stimme gehört, die sich gegen die Tendenz dieses Buches, die der weißen Rasse ungeniem feindselig gefimmt ist und die ganze Brutalität der Negergefeimung aufdeckt, zur Wehr legt.

So wenig aber nun die innere Ungleichheit dieser Rassenpolitik den Franzosen selber zum Bewußtsein kommt, so hat doch gerade die Auskehrung des „Batouala“-Romans bewirkt, daß die angelsächsischen Völkler ihrer steigenden Antipathie Ausdruck geben. Die französische Wochenschrift „L'Europe nouvelle“ veröffentlichte kürzlich die Aufschrift eines Amerikaners, der sich über das Auftreten von Negeren in den Pariser Varietés beklagte und es besonders auch rügt, daß in einer Neben eine Szene aus dem bestreuten rheinischen Gebiet vorgeführt wird, die „nicht sehr geistvoll“ sei, aber „in peinlichster Weise an die Unwissenheit farbiger Truppen im Rheinland und die Beziehungen dieser Truppen zu der deutschen Bevölkerung“ erinnere. In der Aufschrift wird die Entfernung der Neger aus den französischen Varietés verlangt. Aber damit ist es natürlich nicht getan. Wenn sich erst die farbigen Truppen ihrer Unmenschlichkeit bewußt geworden sind und selbst gegen die Weissen marschieren, Europa zu hülfe. Die Abnung dieser Gefahr ist es, die heute einen großen Teil des angelsächsischen Volkstums in der Frage der farbigen Besatzungsgruppen nicht aus Sympathie für uns, sondern aus Selbstverteidigungstrieb mit den deutschen Klagen und Protesten übereinstimmen läßt. So lange noch ein schwarzer Soldat am Rhein steht, solange werden diese Klagen und Proteste nicht verstummen.

Genua vor den Völkerbunds-Ausschüssen.

Deutsche Mitwirkung.
Genä, den 10. Juni. Das Finanzomitee des Völkerbundes beschloß in seiner heutigen Sitzung in der Frage der Doppelbesteuerung, die ihm von der Konferenz in Genua bis zum 1. August einzufordern. Was die ebenfalls von der Konferenz in Genua dem Völkerbund überreichten Fragen der Steuerpolitik der internationalen Lösung der Währungsfrage anbelangt, so wird der Völkerbundrat eine Umfrage bei den verschiedenen Regierungen

